

Alexander Wendt

Gefangen im Milieu

Nicht Flut, Gysi und Kanzler sind schuld am PDS-Niedergang – sondern nur sie selbst.

Die PDS ist tief gestürzt, und die heftige Irritation vieler ihrer wohlmeinenden publizistischen Begleiter vor allem im Westen der Republik erinnert ein wenig an die tiefe Erschütterung vieler Zeitgenossen, als die DDR 1989 für sie so unvermittelt zusammenbrach. War denn nicht alles in und mit der PDS bis vor kurzem noch so gut bestellt: die Partei, abgesehen von ein paar Folkloristen von der Kommunistischen Plattform, „in der Bundesrepublik angekommen“, modernisiert, durchs Mitregieren realistisch geworden und obendrein mit einem flamboyanten Plauderer als Galiionsfigur gesegnet? War nicht bis vor kurzem nach Ansicht ganzer Kommentatorenriegen sowieso „der Osten rot“? Wie lange ist es her, dass der Chefredakteur eines Hamburger Magazins die PDS

in seinem Editorial noch ausdrücklich wegen deren „vernünftiger Position“ lobte?

Um den mild verschleierte Blick auf das Gesamtkunstwerk PDS nicht allzu sehr korrigieren zu müssen, werden jetzt von einem Kommentator zum anderen drei Gründe weitergereicht, die den Absturz der Linkssozialisten erklären sollen: die Jahrhundertflut und ihre nachfolgende gesamtdeutsche Solidaritätswelle und die ressentimentgesättigte Irak-Politik Gerhard Schröders, die den SED-Erben erstens das Feindbild des böswilligen Westens und zweitens das Monopol auf Antiamerikanismus geraubt habe. Und außerdem der Rücktritt des großen Kommunikators Gregor Gysi, der eine nicht wieder zu schließende Lücke hinterlassen habe.

An der Wirklichkeit der PDS gehen diese eilfertigen Deutungen ebenso vorbei, wie auch schon das Bild von einer gewandelten, modernisierten und dem alten Kader-

sumpf entkommenen Sozialistenpartei eine gut gepflegte Fama gewesen war. Der Abstieg der PDS begann schon im Frühjahr, als die Postkommunisten bei den Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt rund 60 000 Stimmen verloren und damit etwa ein Viertel ihrer dortigen Wählerschaft – lediglich kaschiert durch die zurückgegangene Wahlbeteiligung, die den Wählerschwund noch nicht auf den Stimmenanteil durchschlagen ließ. Das war im April, lange vor Gysis Rücktritt, der Flut und dem Kanzler-Schwenk gegen die USA. Der kalte Stimmentzug durch die Wähler folgte dort prinzipiell keinem anderen Muster als am 22. September in Mecklenburg-Vorpommern und im Bund. Der Absturz geht auf einen Grund zurück, der tief im Inneren der PDS liegt: auf ihre seit zwölf Jahren währende Unfähig- wie Unwilligkeit, die Grenzen ihres Parteimilieus zu verlassen.

Mit ihrer De-facto-Regierungsbeteiligung in Sachsen-Anhalt und ihrer

formalen in Mecklenburg-Vorpommern und Berlin demonstrierte sie, wie wenig sie sich in Wirklichkeit von dem alten etatistischen Weltmodell der SED entfernt hatte, in dem alles und jedes auf festgelegter Bahn um die wärmende Sonne des Staates kreiste. In den acht Jahren, die sie in Sachsen-Anhalt mitregierte, beförderte die PDS das ohnehin arme Land zum höchstverschuldeten im Osten; mit dem Geld der geplünderten nächsten Generation schuf sie unter anderem eine Kulisenwirtschaft namens „Dritter Arbeitsmarkt“ und damit den Glauben, der Staat könne eben doch Arbeitsplätze schaffen. Sie hinterließ eine Art DDR-light: mit der höchsten Dichte öffentlicher Bediensteter unter allen deutschen Flächenländern, mit der geringsten Quote Selbstständiger, mit den meisten Abwanderern. Hoch im Nordosten rundete der PDS-Mann Helmut Holter die parteiübliche Vorstellung des vormundschaftlichen Staates noch mit einer Fürsorge für befreundete Genossen und alte Kader ab, denen er einen ganz besonderen Zugang zu den staatlichen Fleischtopfen ebnete.

Kein Zweifel: Der harte Kern ihres Milieus fühlt sich durch PDS-Politik wie bislang in Sachsen-

Anhalt und noch in Mecklenburg-Vorpommern bestens bedient: viele heutige Staatsangestellte, darunter nicht wenige Lehrer, die einstigen Mitarbeiter des DDR-Staatsapparates, die alten Eliten, für die schon die bloße Machtbeteiligung der PDS ein Unterpfand für ihren Glauben ist, an dem untergegangenen Ost-Staat sei nicht alles schlecht gewesen. Doch allein diese Anhängerenschaft hätte die PDS nie zu der Größe werden lassen, die sie vorübergehend darstellte. Sie brauchte dazu noch die Wählerscharen, die sich zeitweise enttäuscht von anderen Parteien abgewandt hatten, die tatsächlich glaubten, die PDS werde ihnen mehr Arbeit bringen, mehr Geld in die öffentlichen Kassen holen – und sei es nur durch den populistischen Trommelwirbel der „Ostpartei“ gegen den reicheren Westen. Es sind diese im Grunde pragmatischen Wähler, die jetzt nach einer Experimentierphase in den neunziger Jahren die PDS schubweise wieder verlassen, weil sie gemerkt haben, dass sie ihnen nicht hilft, die Probleme der ostdeutschen Länder zu lösen: den Mangel an Unternehmern, den Mangel an Jobs, den Mangel an jungen Menschen. Im Gegenteil. Gerade in Ländern, in denen sie lange mitre-

gierte, in Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern, verlor die PDS am 22. September besonders heftig. Es wurde also nachdrücklich das Projekt der „PDS-Reformer“ abgestraft, das ihren im Grunde eher sozialdemokratisch gestimmten Wählern nicht realitätstüchtig genug erschien – während es auf der anderen Seite vielen ebenfalls enttäuschten Erztraditionalisten schon viel zu weit ging.

Was das kulturelle Beharren der PDS unter ihrer modernistischen Oberflächche noch deutlicher macht und zugleich erklärt, ist der Blick auf die Lebensläufe ihres Führungspersonals. In den zwölf Jahren seit ihrer Umbenennung von SED zu PDS schaffte aller Öffnungsrhetorik zum Trotz nicht ein Einziger den Aufstieg in Führungspositionen, der nicht dem Kadermilieu der SED oder ihres Satelliten DKP entstammt. Ob der letzte Erste Sekretär der SED-Bezirksleitung Halle und gerade geschlagene PDS-Bundtagsfraktionschef Roland Claus, die ehemalige Verantwortliche für Agitation im VEB Jagdwaffen Suhl und jetzige Parteichefin Gabriele Zimmer, der damalige Manager des FDJ-Zeitungsverlags und Bundesgeschäftsführer Dietmar Bartsch, der einstige DKP-

Mitbegründer und heutige PDS-Schatzmeister Wolfgang Gehrke oder die Absolventin der SED-Parteihochschule „Karl Marx“ Petra Pau – die Kader sind unter sich und wollen es offenbar auch sein. Sie sind intelligente, mittelalte, gut angepasste, technokratische, mitunter nicht unsympathische Leute, die ihre Herkunft aus dem Apparat eher kultivieren als abschüteln. Die Biografien machen deutlich, wie unscharf die übliche Trennung der Partei in „Reformer“ wie Claus und „Traditionalisten“ wie Zimmer ist: In ihrer Herkunft, ihren Prägungen, ihrem Vokabular unterscheiden sie sich nur marginal. Auch deshalb geht der öfters bemühte Vergleich der inneren PDS-Verhältnisse mit dem Fundi-Realo-Streit der Grünen in die Irre. Die Bereitschaft der so genannten „Regierungssozialisten“, sich überhaupt an Koalitionen mit der SPD zu beteiligen, mag aus ihrer Sicht als riesiger Sprung erscheinen; von außen betrachtet ist sie allerdings ein Trippelschritt, dem auch keine wirkliche Anerkennung der offenen Gesellschaft folgt. Roland Claus etwa, der 1994 in Sachsen-An-

halt die erste SPD-PDS-Konstellation mitkonstruierte und mit seiner gescheiterten Gegenkandidatur zu Gabriele Zimmer in Gera als Galionsfigur der Parteireformer gilt, pochte auch bei allen Gelegenheiten darauf, dass die DDR nicht als Unrechtsstaat bezeichnet werden dürfe. Hier verläuft nach wie vor eine intakte Weltanschauungsgrenze, die kein PDS-Politiker, gleich welchen Lagers, öffentlich überschreiten würde.

Dieses Spitzenpersonal mit seiner ganz spezifischen Prägung und seine bürokratische Politik des allzuständigen Staats gehören untrennbar zueinander. In der PDS des Jahres 2002 steckt sogar mehr SED-Elite als in der PDS der Neunziger: Mit dem Abgang von Gregor Gysi, des langjährigen Parteichefs Lothar Bisky und dem Teilrückzug des Noch-Parteivize Peter Porsch ist die PDS auch kulturell verarmt. Der Rechtsanwalt Gysi, der Chef der Potsdamer Filmhochschule Bisky und der mit seiner katholischen Erziehung kokettierende Germanist Porsch stammen eher aus Randbereichen des SED-Establishments; nach dessen Maß-

stäben dürften die Parteintellectuellen fast als bunte Vögel gegolten haben. Die heutige PDS-Führungstruppe wie auch ihre Gegenspieler im Binnenstreit repräsentieren perfekter als die frühere das eigentliche Parteimilieu – aber gerade deshalb hat sie mit der restlichen ostdeutschen Gesellschaft immer weniger zu tun.

Anders als in den Neunzigern, als noch alte Blockflöten und Westimporte die politische Landschaft im Osten bestimmten, steht den Zimmers und Bartschs und Holters inzwischen eine junge, selbstbewusste Reihe von Politikern mit ostdeutscher Herkunft gegenüber, etwa der brandenburgische Ministerpräsident Matthias Platzeck und der Leipziger Oberbürgermeister Wolfgang Tiefensee, beide SPD, oder die CDU-Familienpolitikerin Katerina Reiche. Seit sich die PDS-Kader mit Konkurrenten auseinander setzen müssen, die so andere ost- und gleichzeitig gesamtdeutsche Lebensentwürfe repräsentieren, löst sich der alte PDS-Alleinvertretungsanspruch für die neuen Länder ganz von selbst auf – genau wie ihre Wählerschaft.